

1997: 392.000 Flugbewegungen 1998: 415.000 Flugbewegungen 1999, 2000, 2001, 2002 ... ?

Der Flughafen Frankfurt - seine Entwicklung und der Widerstand gegen die Ausbaumaßnahmen

Ende des vergangenen Jahres wurden die Flugbewegungen von 1998 bekannt.

Die neuen Zahlen müßten die Flughafenregion aufrütteln!

Gab es 1997 392.000 Flugbewegungen so waren es 1998 415.000 Flugbewegungen.

Wie wird es in diesem Jahr sein? Oder in 5 Jahren? Kann das so weitergehen? Ist man ein Feind des Fortschritts, ist man gegen Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze im Rhein-Main-Gebiet, wenn man diese Entwicklung hinterfragt? Muß man alles hinnehmen, was einem vorgesetzt wird?

Der Name Startbahn/West ist vielen noch in Erinnerung. Rings um den Flughafen gab es Anfang der 80er eine der größten Bürgerbewegungen in der Bundesrepublik. Solche Massenbewegungen - wie Wyhl, Wackersdorf, Brokdorf - haben die Grünen in die Parlamente gebracht.

Nach dem Bau der Startbahn/West gab es ein paar Jahre Ruhe, dann wurde Wald gerodet für Cargo City Süd und dann - im November 1997 -

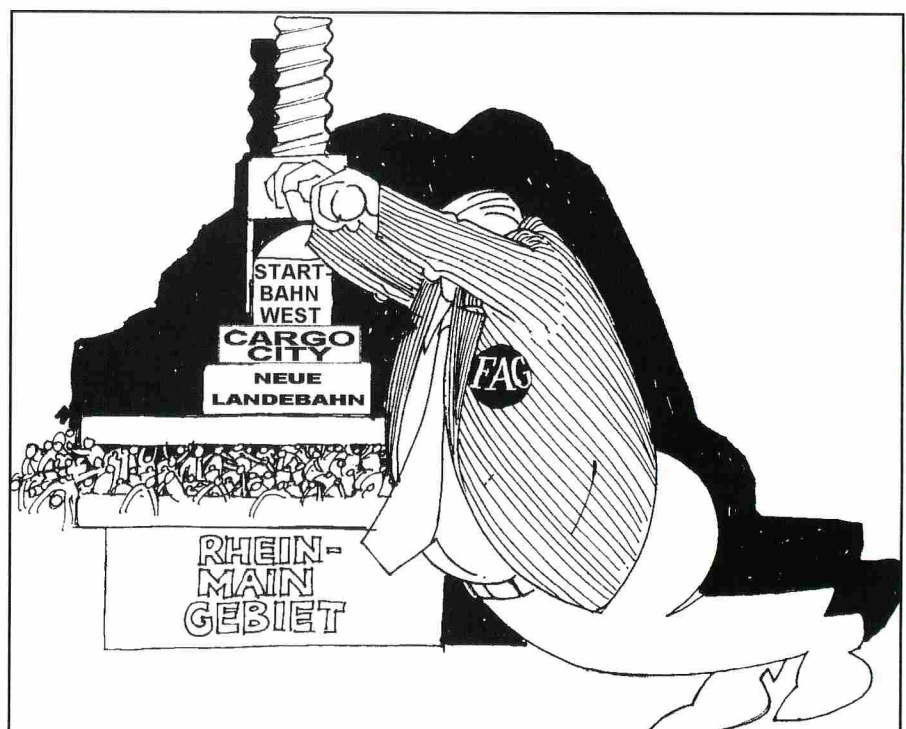
wurden erneut große Ausbaupläne bekannt.

Es zeigt sich aber - die Ausbaubetreiber von heute haben die Auseinandersetzungen von gestern nicht vergessen. Die Ausbauforderungen werden raffinierter und mit vielen neuen Mitteln unter die Leute gebracht. Aber das Hauptargument von gestern ist auch das von heute: Arbeitsplätze. Die Proteste von gestern sind nicht

zu vergleichen mit den Protesten von heute. Trotzdem, mittlerweile gibt es rings um den Frankfurter Flughafen 26 Bürgerinitiativen, die gegen den Ausbau antreten. Monatlich tagt ein Plenum - die Bürgerinitiativen haben eine eigene Zeitung.

Ob es aber zu der gleichen Massenbewegung kommen wird, wie 1980-1983, ist fraglich.

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von Seite 1

1. Es herrscht Resignation. Aussagen: „Wir waren damals bei einer Demonstration in Wiesbaden 150.000 und trotzdem hat man betoniert.“ „Wir haben 160.000 Unterschriften gesammelt - aber die da oben machen ja doch was sie wollen.“
2. Die angewachsene Arbeitslosigkeit. „Ich will meinen Job behalten auf dem Flughafen“.
3. Wir haben in der Region mit 7-9% eine relativ niedrige Arbeitslosigkeit. Wenn zwei Arbeit haben, können sie auch zweimal im Jahr in den Urlaub fliegen. Schön, wenn der Flughafen in der Nähe ist.

In vielen Diskussionen erfährt man Politikverdrossenheit. Es heißt dann: „Der frühere Ministerpräsident Börner sagte am Ende der Startbahnbewegung: Kein Baum wird mehr fallen - mittlerweile sind dort schon wieder 140 ha umgesägt worden.“ Oder: „Am 14. Dezember 1992 wurde der Frankfurter Wald zum „Bannwald“ erklärt. Jetzt will man ihn für eine Nordbahn umsägen“.

Ein paar Zahlen zur Entwicklung des Frankfurter Flughafens:

Seit 1978 wurde dort eine Waldfläche in der Größe von 505 Fußballfeldern gerodet.

Wir hatten 1997 392.000 Flugbewegungen im Jahr, 1998 gab es 415.000.

Eine Gesamtbelastungsstudie gibt es nicht. Eine Vorarbeit liegt seit Jahren unveröffentlicht in den Schubladen der Regierung in Wiesbaden.

Zu den Belastungen des Umlandes:

Momentan haben wir bis zu 76 Flugbewegungen pro Stunde - in Spitzenzeiten werden aber bis 110 abgefertigt.

Vor 8 Jahren hatten wir 40 Nachtflüge - heute sind es 104 - Tendenz steigend.

Wer immer wieder nachts aufwacht bekommt sehr schnell Herz-Kreislauf-Probleme.

Ein Betroffener: „Wenn ich nach einem Überflug um 4 Uhr senkrecht im Bett sitze, fühle ich mich ohnmächtig vor Ärger.“

Was tun?

Beim Studium aller Flugbewegungen kam der BUND auf 87.000 Flüge, deren Ziele vom Frankfurter Hauptbahnhof aus - zum Teil schon heute - in vier Stunden mit der Bahn zu erreichen sind.

Wir haben z.Zt. bei der Lufthansa jährlich 3600 Flüge zwischen Frankfurt und Stuttgart. Muß das sein?



Wer kann sich das leisten?

In Zeitungs-Anzeigen konnte man lesen: FR „Shopping in New York“ (1498,- DM) oder „Golfen rund um die Welt“ (WamS 14.12.97).

Zur Fracht:

Die Luftfracht nahm 1997 um 2,5% auf 1,4 Millionen Tonnen zu.

Aus der Presse: „Es werden elektronische Bauteile in Deutschland produziert, nach Taiwan geflogen, dort verpackt und wieder nach Deutschland zurückgeflogen.“

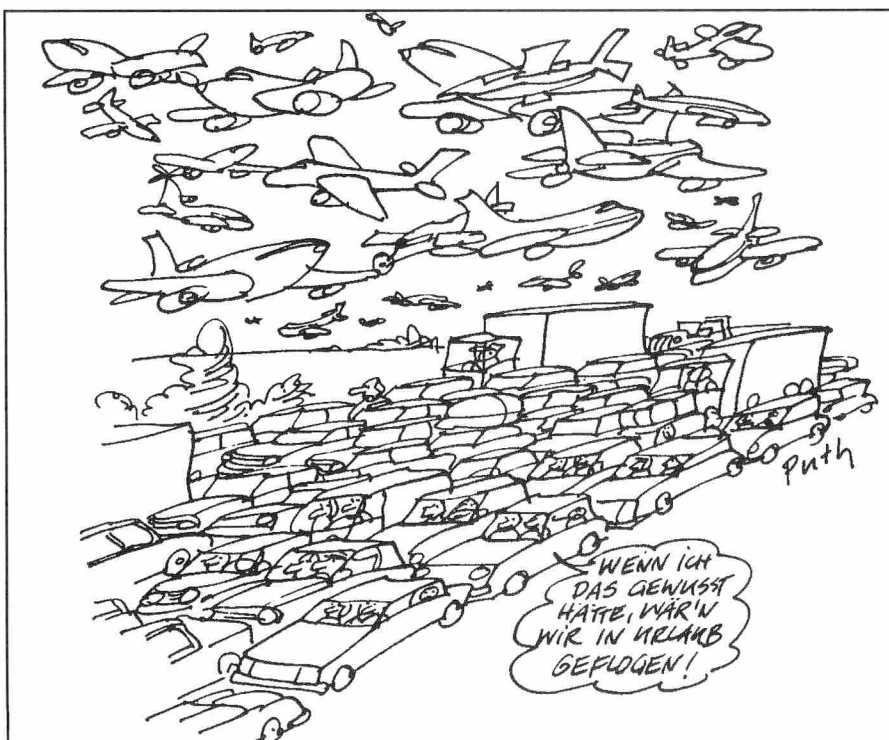
„Pkw-Kunststoffbauteile in Asien billig hergestellt und dann zur Montage hier eingeflogen.“

„Jeanshosen in Deutschland vorproduziert, in Asien genäht und wieder zurückgeholt.“

„Autokotflügel in Detroit gefertigt, nach Frankfurt geflogen und nach Turin gefahren“ etc., etc.

Vertreter besuchen Firmen. Sie bieten an: „Lassen Sie doch in Malaysia drucken.“

Der Unsinn rechnet sich. Wir haben also auch hohe Flugbewegungen, weil



das Kerosin so billig ist, weil die Folgeschäden nicht beachtet werden, weil idiotische Bedürfnisse geweckt werden.

Einige machen Profite. Der Wald schwindet und das Umland leidet unter Krach und Abgasen.

Zum Hauptargument der Ausbautreiber - Arbeitsplätze

Heute sind am Flughafen 54.000 Menschen beschäftigt. Der Flughafen hat viel aufgefangen: 1978 bis 1996 kam es dort zu einem Zuwachs von 24.000 Arbeitsplätzen. Im Umland aber sind sie verschwunden.

Der Flughafen wird als Jobmaschine gelobt. Der FAG-Betriebsrat sagt: „Die Produktivität wurde seit 1991 um 30% erhöht. Oder: 6% mehr Beschäftigte seit 1991 fertigen heute 44% mehr Passagiere und 23% mehr Maschinen ab.“

Lean-Production also auch hier. Der Flughafen will zur Jahrtausend-Wende an die Börse.

Kooperation Fehlanzeige

Es heißt, der Flughafen steht im „nationalen und internationalen Wettbewerb“ und ist zum Ausbau gezwungen. Wir erkennen diese „Logik“, dieses „fressen oder gefressen werden“, nicht an. Was uns die Flughafenerweiterungsbefürworter hier als Sachzwang verkaufen, ist nicht anderes als das Wolfsgesetz der kapitalistischen Konkurrenz, unter dem letztendlich immer die arbeitende Bevölkerung zu leiden hat.

Wir fordern intelligente Lösungen damit die Belastungen, die vom Flughafen ausgehen, minimiert werden. Dazu gehören die Einführung einer Kerosinbesteuerung und die Abschaffung der Subventionen für den Luftverkehr. Bei den Planungen am Frankfurter Flughafen darf es keine Lösung gegen die Region und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger des Umlandes geben.

Wir wollen keine weiteren Waldverluste und wir wollen auch, daß über Sicherheit diskutiert wird. (Nicht vergessen ist die Katastrophe von Amsterdam 1982. Hier stürzte ein EL-AL-Jumbo mitten in die Hochhäuser. Geladen hatte er u.a. Giftgas für ein israelisches Labor.) Fragen darf man:

Wann passiert so etwas in Frankfurt - bei täglich 1200 Flügen?

Man muß feststellen, viele Leute haben Angst vor noch mehr Lärm und Dreck. Diese Angst ist berechtigt. Eine neue Landebahn hätte ein neues kilometerlanges Lärmband von Offenbach bis Wiesbaden zur Folge.

Alte Ziele und neue Tricks:

Hessens Ministerpräsident Hans Eichel hat eine Gesprächsrunde arrangiert mit der Absicht, den Widerstand gegen weitere Ausbaumaßnahmen psychologisch auszuhebeln und das Thema Flughafenerweiterung aus dem Landtagswahlkampf herauszuhalten. In der Mediationsrunde soll letztlich darüber diskutiert werden, „wie“ der Flughafen wachsen soll und nicht „ob“ er wachsen soll. Wir lehnen eine solche Mediation ab.

Wie weiter?

*Die Bürgerinitiativen sagen:
Die Grenze der Belastbarkeit der Bürgerinnen und Bürger im Rhein-Main-Ballungsgebiet ist überschritten.
Zweifellos hat der Flughafen Frankfurt*

eine große wirtschaftliche Bedeutung. Er ist aber keinesfalls eine „Jobmaschine“, wie es Landespolitiker darstellen.

Die SPD hat in der Flughafenregion vor 15 Jahren herbe Stimmenverluste erlitten. Dort laviert sie. Sonst ist sie für den Ausbau.

Bei den Grünen gibt es in Hessen keine eindeutigen Aussagen.

CDU und FDP wollen einen Ausbau - koste es was es wolle.

Die DKP lehnt jede Erweiterung des Frankfurter Flughafens ab. Wir wollen keine neue Startbahn und keine Erhöhung der Flugbewegungen.

Wir fordern:

**Eine Gesamtbelastungsstudie und sofortige Maßnahmen zur Reduzierung der Umweltbelastungen im Rhein-Main-Ballungsgebiet!
Keine neuen Start- und Landebahnen!**

**Keine weitere Steigerungen der Flugbewegungen!
Nachtflugverbot statt Ausweitung der Nachtflüge!**



Fluglärm-Beschwerde-Nr: (069) 690-22001

Walldorf hat

Geburtstag!

Wir gratulieren!





Protest im Rathaus

In der Dezembersitzung der Stadtverordnetenversammlung machten Eltern mit ihren Kindern und Erzieherinnen vor und im Walldorfer Rathaus mit ihrem Protest deutlich, daß sie nicht mit der Anordnung des Bürgermeisters zur Personalbemessung in den Städtischen KITAs einverstanden sind. Sie befürchten dadurch zu Recht erhebliche Verschlechterungen in der der Arbeit in den KITAs. CDU, Grüne und DKP/OL stimmten einem Antrag zu, nach dem der Bürgermeister seine Anordnung zur Personalbemessung zurückzunehmen hat und alle Stellen in den KITAs zu besetzen sind. Die DKP/OL hatte vor der Sitzung einen Extra-blickpunkt verteilt, in dem sie ihr „Nein zum Personalabbau“ begründete. Darin hieß es u.a.:

„Was hier stattfindet, ist Sozialabbau, denn es werden die Leistungen für Eltern und Kinder, ebenso wie die Arbeitsbedingungen für das Betreuungspersonal in den KITAs verschlechtert.“ ... „Wir erwarten, daß in unserer Stadt andere Wege beschritten werden. Vor allem muß ständig an Kreis, Land und Bund die Forderung gerichtet werden, den Städten und Gemeinden die nötigen Mittel für die KITA-Betreuung zuzuweisen; dem ist mit Aktionen Nachdruck zu verleihen, wie es Eltern und Betreuerinnen hier vormachen. Der neue Bundeskanzler hat von einem sozialen Europa gesprochen, das er schaffen will. Das soziale Europa muß in den Betrieben und in den Kommunen anfangen und spürbar sein. Die Anordnung des Bürgermeisters ist politisch falsch, rechtlich bedenklich und als sozialpolitisches Signal für Kinder, Eltern, Leiterinnen und Betreuungspersonal in den KITAs nicht hinnehmbar.“

Achtung Kindergarten!

Die Elternvertretung der Kindertagesstätte Heidelberger Straße fordert von der Stadtverwaltung Initiativen zur Verkehrsberuhigung im Straßenabschnitt Bürgermeister-Klingler-Straße bis Am Schlichter. Die Autos parken meist rechts und links auf den Bürgersteigen, es wird zu schnell gefahren, es fehlt eine Straßenüberquerung mittels Zebrastreifen und die Beschilderung „Achtung Kindergarten“ ist klein und kaum wahrzunehmen. Die DKP/OL-Fraktion griff dieses Anliegen in einem Antrag an die Stadtverordnetenversammlung auf. Seitens der Verwaltung wurde in einem Schreiben Abhilfe versprochen. Mittels Markierung sollen Pkw-Stellflächen ausgewiesen werden; das bietet auch die Möglichkeit des alternierenden Parkens. Damit will man dem Parken auf den Gehwegen begegnen. Zudem sollte der ruhende Verkehr besser überwacht werden. Zur Verkehrsverlangsamung - 30 km oder Schrittgeschwindigkeit - wurde argumentiert, daß die Straßenverkehrsordnung per Gesetz geändert werden soll. 30 km in Ortschaften würde dann allgemein gelten. Wir meinen, daß bauliche und optische Fahrbahnverengungen zur Verlangsamung des Verkehrs führen. Wo Straßenbreite und -komfort es zulassen, wird die heutige 50-km-Vorschrift auch ignoriert. R. D.

Späte Einsicht

Nachdem die SPD-Fraktion in den Aussprachen zur KITA-Personalbemessung und zum ZAS-Vertrag keine gute Figur abgegeben hatte, setzte Fraktionssprecher Werner Schmidt noch eins drauf: Er lehnte eine vereinbarte interfraktionelle Aussprache zur Kommunalen Entwicklungshilfe in einer Sitzungsunterbrechung ab. Daß es in der Sache, die seit Jahren weitgehend einvernehmlich behandelt wurde, am Ende doch noch zu einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen kam, ist u.a. der späten Einsicht in der SPD-Fraktion zuzuschreiben, daß die Kommunale Entwicklungshilfe nicht das richtige Thema ist, um die beleidigte Leberwurst zu spielen.



Ende November wurde in der Frankfurter Straße die alte Jugendstil-Villa abgerissen. Wie andere hatte sich die DKP um den Erhalt des Gebäudes bemüht. Wieder einmal hat sich ein „Investor“ durchgesetzt. Die DKP möchte nicht, daß erhaltenswürdige Baussubstanz vernichtet wird. Sie brachte deshalb einen Antrag in die Stadtverordnetenversammlung ein.

DKP/OL-Antrag beschlossen

Nachdem Fraktionssprecher Gerd Schulmeyer eindringlich zur Begründung des Antrags der DKP/OL zur „Denkmal- und Naturschutzliste“ gesprochen hatte, wurde mehrheitlich wie folgt beschlossen:

1. Der Magistrat wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung einmal jährlich die aktuelle Liste aller Kultur- und Naturdenkmäler in der Gemarkung Mörfelden-Walldorf vorzulegen.
2. Ebenso ist jährlich eine Übersicht über laufende Anträge auf Unterschutzstellung zu geben; der Sachstand ist zu verfolgen und darzustellen.
3. Daneben ist eine Liste erhaltenswürdiger Gebäude und Einzelgewächse/Landschaftsteile in der Gemarkung Mörfelden-Walldorf zu erarbeiten, die regelmäßig öffentlich erörtert wird.
4. Auf dieser Grundlage sind frühzeitig Anträge auf Unterschutzstellung zu stellen.

Ohne Worte

Kein Wort verloren CDU und Grüne diesmal zum Nachtragshaushalt, der von der SPD bei Stimmenthaltung der DKP/OL beschlossen wurde. Offensichtlich ist ihnen dazu nichts eingefallen - selbst das übliche Lamento von der „Volksfront“ blieb aus.

Verbesserungen für Radfahrer in Sicht - Druck zeigt Wirkung

Die seit vielen Jahren von der DKP-Fraktion in dieser Stadt gestarteten Initiativen in Richtung „Fahrradfreundliche Stadt“, in Form von Anträgen im Parlament und im Magistrat, aber auch in Artikeln in dieser Zeitung, sollen in diesem Jahr endlich umgesetzt werden. Nicht zuletzt hat dazu auch die im letzten Halbjahr 1998 durchgeführte Unterschriftenaktion beigetragen.

So ist vorgesehen, an insgesamt zehn Standorten neuzeitliche Fahrradabstellanlagen zu installieren. Zusätzlich ist daran gedacht, auf der Ost-

und Westseite des Mörfelder Bahnhofs, als ersten Schritt zu „Bike and Ride“-Anlagen neue Fahrradabstellplätze entstehen zu lassen. Auch wird an einem Beschilderungskonzept für Radwege, innerörtlich und aber auch in Verbindung zu außerörtlichen Radwegenetzen gearbeitet. Mit dazu gehören selbstverständlich Randsteinabsenkungen an von Radfahrern benutzten Wegen, Straßen und Übergängen.

Um den Radfahrern im innerstädtischen Bereich der Stadtteile Mörfelden und Walldorf in Zukunft mehr Sicherheit gegenüber dem Autoverkehr zu bieten, werden Routenplanungen zu bestimmten Zielen mit Beschilderungen vorgenommen. Wichtigstes Ziel sollte hierbei sein, den Bürgern, aber besonders den Kindern

und Jugendlichen, die gefahrlose Nutzung des Fahrrades zu den Schulen und Sportstätten, zum Schwimmbad und Badesee zu gewährleisten.

Heinz Hechler

Radwege bleiben Thema

Bei der letzten Bürgerversammlung wurde das Thema „Radwege/Fahrradabstellplätze“, das die DKP/OL auf die Tagesordnung gesetzt hatte, nicht mehr aufgerufen. Am 18. März ist Bürgerversammlung in Walldorf - hier wird der Punkt an erster Stelle der Themen stehen, die die Stadtverordnetenfraktionen einbringen.

Die Müll-Story ist noch nicht zu Ende

Wie allgemein bekannt, hat der Kreistag Groß-Gerau mit absoluter Mehrheit der SPD dem Vertrag mit der Müllverbrennung Darmstadt (ZAS) zugestimmt. Damit steigt der Preis von 250,- auf 425,- DM pro Tonne Restmüll. Kostete 1990 die Tonne abzulagernden Mülls noch 72,- Mark, so bedeutet die Steigerung auf 425,- DM satte 490%. Vergleichen Sie mal Ihre Lohn- oder Rentensteigerung in diesem Zeitraum! Das macht kein Geldbeutel mit, und das kann man keinem normal denkenden Menschen plausibel machen. Für unsere Stadt errechnet sich die Müllgebühr wie folgt: Reichten 1990 für einen 4-Personen-Haushalt pro Monat 12,- DM zur Müllbeseitigung, so müssen in Zukunft 31,20 DM gezahlt werden. Eine Steigerung von (nur!) 160%. Einige kommunale Besonderheiten bewirken die geringere Gebührenerhöhung gegenüber dem Kreisdurchschnitt.

Trotz des hohen Preises der Müllverbrennung in Darmstadt bleiben viele Unsicherheiten für die Zukunft. Sinkt die verbrennbare Müllmenge (zumal Kelsterbach die billigere Verbrennung in Frankfurt nutzt), so muß dennoch für 50.000 Jahrestonnen bzw. 45.000

(von 2004-2008) gezahlt werden. Preiserhöhungen sind in jedem Jahr möglich. Geht die Kalkulation der Riedwerke für die Nutzung der Büttelborner Deponie auf? Kommen weitere Kosten oder Einnahmeausfälle hinzu?

Hinter den Kulissen scheint viel gemauschelt worden zu sein. Warum gerade die teurere Müllverbrennung in Darmstadt? Warum die Regreßandrohung von dort, wenn ein Zusammenschluß oder Vertrag nicht zustande kommt? Auch ein nachgereichtes Papier vom Regierungspräsidium Darmstadt räumt die Zweifel nicht aus. Es kann doch nicht angehen, daß der Kreis auf gesetzlicher Grundlage und behördlicher Genehmigung eine teure Mülldeponie nach neuesten Erkenntnissen und Erfordernissen baut und ein paar Jahre später - weil sich die Gesetzlage verändert - auf der teuren Investition sitzen bleibt. Hierzu schweigt der Gesetzgeber und die Landesregierung.

Eine Resolution zur Müllproblematik und Kostenexplosion beeindruckt die Adressaten Bundes- und Landesregierung wie den Kreistag Groß-Gerau nur wenig. Er ist mehr ein Instrument zur Beruhigung hiesiger Entscheidungsträger. Die Aussagen zur „Vergoldung des Mülls“ - gemeint ist der Kampf von Privatfirmen um Teilgebiete der Müllentsorgung - sind trefend. Durch die Deklaration von Ge-

werbemüll zu Wertstoffen wird es möglich, den Müll den öffentl. Entsorgungsträgern zu entziehen und ihn entweder auf Billigdeponien abzulagern oder in industriellen Großfeueranlagen (z. B. Zementwerken oder Hochöfen) zu verbrennen. Bei aller Diskussion ist der Ansatz zur Müllvermeidung nicht gefunden. Einwegbehälterverhältnisse zu reduzieren, Verpackungen per Rücknahmepflicht zu verteuern ist in Zukunft ein weites Feld, um Natur und Geldbeutel zu schonen. Der „geniale“ Gedanke zur „Grüne-Punkt-Lösung“ war und ist ein Instrument zum Geldverdienen, indem dem Verbraucher zweimal Geld aus der Tasche gezogen wird (beim Kauf der Ware und durch Verteuerung der Restmüllmenge).

R. D.

Tengelmann

Im Dezember beschloß die Stadtverordnetenversammlung mit den Stimmen von SPD und DKP/OL den Ankauf des Tengelmänn-Grundstücks am Mörfelder Dalles. CDU und Grüne polemisierten heftig gegen diesen Ankauf, vor allem gegen die von Magistrat und Gewerbeverein entwickelte Nutzungsperspektive als „Markthalle“. Wie hätten die erst vom Leder gezogen, wenn die Stadt nicht tätig geworden wäre.



Gleiche Bildungsmöglichkeiten für alle!

Bildung darf kein Privileg der Reichen sein!

*(Auszüge aus dem
Landtagswahlprogramm der DKP)*

Gerade in Hessens Bildungspolitik zeigt sich, daß die SPD-GRÜNEN-Landesregierung alle früheren fortschrittlichen Ansätze längst verloren hat.

Wenn Hessen nach Veröffentlichungen der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft bei den Pro-Kopf-Bildungsausgaben im Bundesdurchschnitt im unteren, bei den SchülerInnenzahl pro Lehrer im oberen Bereich liegt, ist dies Zeichen dafür, daß nicht nur bundespolitisch gesellschaftliche Umverteilung erforderlich ist, sondern auch landespolitisch dringend andere Schwerpunkte gesetzt werden müssen.

Kostenfreiheit von Unterricht und Lehrmitteln sowie Zugang zu Bildungseinrichtungen allein in Abhängigkeit von der Eignung - nicht vom Geld der Eltern - stehen in der Verfassung. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Die Lehrerausstattung an den Schulen wird nur noch daran gemessen, wieviel Prozent sie unter 100 liegt, glücklich mag schon sein, wer 90% erreicht hat. Nach Verbandsschätzungen fehlen mindestens 100.000 Stunden wöchentlich. Gespart wird an Lehrern und Ausstattung, so daß schon das Kopieren von Lernhilfematerialien zum ständigen Problem wird. Unterrichtsausfall wird zum „Normalfall“, Klassenstärken steigen auf pädagogisch nicht mehr vertretbare Größenordnungen.

Lehrerinnen und Lehrer, die ohnehin bei zu großen Klassen und zunehmenden durch das gesellschaftliche Umfeld bedingten Verhaltensweisen der Schüler erheblich belastet sind, werden durch Erhöhung der Wochenstundenzahl zusätzlich zu Opfern der rigiden Sparpolitik.

Fortschrittliche bildungspolitische Ansätze wie etwa integrierte Gesamtschulen und die Integration behinderter Kinder werden durch ständige Mittelkürzungen ausgeblutet.

Da ist es nur scheinbar fortschrittlich, wenn im Hessischen Schulgesetz der Schulkonferenz aus Lehrern, Eltern und Schülern bestimmte Rechte übertragen wurden und eine scheinbare finanzielle Eigenständigkeit geschaffen wird.

Bei insgesamt ständig unzureichender Finanzausstattung wird damit nur die Verwaltung des Mangels delegiert, wird die Verantwortung für die Misere weg von den Politikern auf die Betroffenen übertragen. Die „Mitbestimmung“ artet dahingehend aus, zu entscheiden wo welche Stunden gestrichen werden und welche Klassen zusammengelegt werden müssen.

Gleichzeitig werden damit Überlegungen der Selbstfinanzierung gefördert. Kostenlose Mithilfe von Eltern etwa in Schulbibliotheken ist vielerorts schon selbstverständlich, es wächst die Rolle von Fördervereinen und zweckgebundenen Elternbeiträgen (etwa für Fotokopierkosten) es nehmen Überlegungen zu, „Sponsoren“ für Schulen zu beschaffen.

Natürlich fließen Elternspenden und Sponsorenhilfen in „sozial“ stärkeren Wohngebieten in der Regel stärker als

in Arbeitersiedlungen. Für Mütter aus gutbürgerlichen Familien mit Zweitwagen, Putzfrau und bisweilen auch Kindermädchen ist es anders als für Eltern in Arbeiterfamilien leicht, sich ab und zu in die Schulbibliothek zu setzen.

Wo eigentlich Schulen in Gegenden mit hohem Anteil von Ausländerfamilien und Kindern, die zu Hause weniger Hilfe in schulischen Dingen erwarten können, entlastet werden müßten durch kleinere Klassen, bessere Lehrerausstattung u. a., wird durch die Landespolitik die umgekehrte Entwicklung gefördert. Je wohlhabender die Eltern des Einzugsgebietes sind, um so besser geht es den Schulen. Selbst eigenfinanzierte Lehrkräfte werden dann diskutiert, wenn man bei den Reichen nicht gleich die Privatschule wählt.

Die DKP sagt:

Im Bildungsbereich darf nicht gespart werden, weil nicht zuletzt von guten Bildungschancen die Zukunft unserer Kinder abhängt.



Auszeichnung für „Denke-Michel“

Im Dezember des vergangenen Jahres ehrte die DKP Mitglieder die seit DKP-Gründung dabei sind. Auch Michael Denk wurde für 30jährige Mitgliedschaft in der DKP geehrt.

Michael Denk gehört zu den Gewerkschaftern der ersten Stunde, er war lange Jahre Vorsitzender der Bauarbeiter-Gewerkschaft, Abgeordneter der KPD und der DKP.

Wer gleiche Bildungsmöglichkeiten für alle will, muß kleine Klassen bilden, muß genügend Lehrer einstellen und die Schulen finanziell befähigen, die erforderlichen Lehrmittel zu erwerben.

Mit der finanziellen Ausstattung steht und fällt auch die Vermeidung regional erheblich unterschiedlicher Qualitätsstandards und eine Abhängigkeit von Sponsoren. Das werden in der Regel Großunternehmen sein, die Bildung vorrangig im Sinne der besseren Verwertbarkeit der Menschen im Profitsystem sehen.

Zu erhalten sind die Gesamtschulen mit dem Ziel der Schaffung der integrierten Gesamtschulen als Regelbildungsweg, um die viel zu frühe Selektion der Kinder zu vermeiden, langfristig tritt die DKP für eine flächendeckende, zehnklassige, von allen Schülerinnen und Schülern zu absolvierende Grund- und Mittelstufenausbildung im System einer demokratischen Gesamtschule ein.

Auf der Basis hinreichender Finanzausstattung können auch die Mitbestimmungsorgane von Lehrern, Eltern und Schülern eine sinnvolle Funktion erhalten und sich konstruktiv inhaltlichen Fragen widmen.

Dem menschenfeindlichen Abschieben von behinderten Kindern in Sonderschulen, wie es die CDU gern wieder zur Regel machen möchte, muß deutlich entgegengetreten werden durch flächendeckende Möglichkeiten der Integration.

Wir sind für eine spezielle Förderung von ausländischen Kindern und Jugendlichen. Hierbei muß die Integration in die normalen Schulklassen, eine muttersprachliche Förderung und die Schaffung optimaler Voraussetzungen für eine spätere Berufsausbildung gewährleistet sein.

Wenn man die Rechtsentwicklung gerade auch unter Jugendlichen mit rassistischer Einstellung und erhöhter Bereitschaft, neofaschistische Parteien zu wählen, sieht, wird deutlich, wie wichtig es auch ist, in der schulischen Bildung den Geist des Humanismus, des Antifaschismus und des Internationalismus zu fördern und die Lehren aus der Deutschen Geschichte zu ziehen. Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit muß frühzeitig entgegengetreten werden.

DKP kandidiert zur Landtagswahl

Die Deutsche Kommunistische Partei kandidiert in Hessen zur Landtagswahl. Sie hat ein Wahlprogramm vorgelegt und ihre Liste eingereicht.

Im Kreis Groß-Gerau kandidiert die DKP mit Direktkandidaten in den Wahlkreisen 47 und 48.

DKP-Direktkandidaten sind Werner Welskop, Groß-Gerau (Wahlkreis 47) und Bertram Rühl, Mörfelden-Walldorf (Wahlkreis 48).

Die DKP Hessen hat lange diskutiert, ob sie zur Landtagswahl antreten soll. Von den vielen Gründen, die für die Kandidatur sprachen, hier drei wichtige:

1. Es wird immer deutlicher: Auch die jetzige Landesregierung will den Flughafenausbau. Mit der „Mediation“ soll das Thema aus dem Landtagswahlkampf herausgehalten werden, nach der Wahl ist eine klare Aussage der SPD für die Flughafenerweiterung zu erwarten. Für die DKP kandidieren im Land und in den Wahlkreisen erklärte Gegner des Flughafenausbau!
2. Es ist unser Ziel, in zentralen Fragen Alternativen zu einer Landespolitik aufzuzeigen, die sich „rotgrün“ nennt, aber in der Praxis - von Bildung über Sozialpolitik bis zu Umweltthemen - nur wenig bringt, was diesem Namen gerecht würde.
3. Die PDS tritt nicht an. Die DKP hält es für wichtig, daß eine linke Opposition zur Wahl steht.

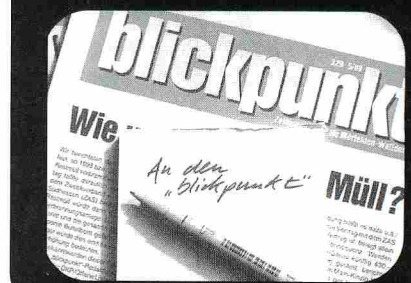
Die DKP will die Verwirklichung der Hessischen Verfassung. Sie wurde gemeinsam von Antifaschisten und

Demokraten geschaffen, die den Nazi-Terror überlebt und die entscheidenden Lehren aus dem dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte gezogen hatten.

Wie sieht die Wirklichkeit heute aus? Immer noch können sich Faschisten aller Schattierungen zusammenrotten und meist unbehelligt von den Behörden unseres Landes öffentlich für ihre reaktionären Ziele werben.

Immer noch steht das Recht auf Arbeit nur auf dem Papier. Unternehmer nutzen die Aussperrung als Waffe gegen die Arbeiter und Angestellten, obwohl die Hessische Verfassung die Aussperrung für „rechtswidrig“ erklärt. Das Privateigentum dient keineswegs dem Wohle der Allgemeinheit. Die Reichen werden auch in Hessen immer reicher, während die Zahl der Armen, der Sozialhilfeempfänger, der Obdachlosen steigt und viele Kommunen durch ihre Zinszahlungen an die Banken am Rande des Bankrotts stehen. An all dem hat eine SPD-Grünen-Landesregierung nichts geändert.

Der „blickpunkt“ freut sich auf Leserbriefe



Solidarität mit Kuba

Rainer Haag „Maurer“, Stadtverordneter der DKP/OL, arbeitet z.Zt. ehrenamtlich auf einer Baustelle in Matanzas/Kuba.

Die DKP hat dort ihre dritte größere Solidaritätsaktion gestartet. Nach einer Reha-Klinik wurde in Matanzas eine Familienarztpraxis gebaut, jetzt ist eine doppelte Familienarztpraxis (eine Art Arztehaus) im Bau. Für diese Solidaritätsaktionen werden weitere Spenden benötigt: Kuba-Solidarität der DKP Postbank Köln, Nr. 253525-502, PLZ 370 100 50 oder „blickpunkt“-Konto: Kreissparkasse Groß-Gerau Konto-Nr. 9003419, BLZ 50852553 (Kennwort „Kuba“).





Die Auseinandersetzungen um die Startbahn-West sind auch bereits ein Stück Stadtgeschichte. Schon vor zwanzig Jahren fanden Bürgerversammlungen, Protestaktionen und Kundgebungen statt. „Protest am Tatorf“ stand als Unterschrift unter obigem Foto in einer Zeitung im Januar 1979. Mehr als 400 Bürger, viele aus Walldorf und Mörfelden, hatten an einer der ersten großen Protestveranstaltungen teilgenommen. Aufgerufen hatte der Aktionskreis der Bürgerinitiativen gegen die Flughafen-erweiterungen. Mitträger waren die DGB-Ortskartelle von Mörfelden, Walldorf, Kelsterbach und Rüsselsheim. Der Protest fand an der ersten abgeholzten Waldfläche für die Verlängerung der beiden Start- und Landebahnen in Richtung Westen statt. Manche Bürgerinnen und Bürger, aber auch Kommunalpolitiker unserer Stadt meinten, mit der Zustimmung zu dieser Verlängerung den Bau der neuen Startbahn mit noch größerem Waldverlust und weiterem Fluglärm verhindern zu können



Bilder erzählen von Alt-Walldorf

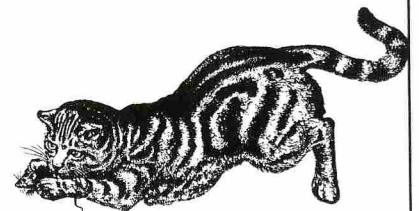
Zum 300. Gründungsjahr ist ein Buch der Arbeitsgemeinschaft für Walldorf Geschichte erschienen, das in vielen interessanten Bildern von Alt-Walldorf erzählt. Als Ergänzung zur Walldorfer Chronik gedacht, konnte das Buch auf lange Abhandlungen verzichten. Die Bilder sprechen für sich. Die Beschwerlichkeit der „guten alten Zeit“ (was war daran gut?), der Armut,

Not und täglichen Arbeit legen Zeugnis ab von einer fleißigen Bevölkerung. Viele Alt-Walldorfer werden sich und ihre Schulfreunde, Sangesbrüder oder Nachbarn wiederfinden.

Vielleicht wären bei manchen Bildern die Namen und das Jahr der Aufnahme hilfreich und interessant gewesen. Die Beschaulichkeit der alten Landgemeinde, das Gegenüberstellen damaliger und heutiger Straßenabschnitte dürfte auch für Neubürger von Interesse sein. Wer das Buch nicht schon unterm Weihnachtsbaum fand, wird sich sicher eine Freude mit dem Kauf machen.

R. D.

Unser Lexikon



en Karrer mit eme Meisje

ein Kater mit einem Mäuschen